

## BYOD Cheat Sheet

Das wichtigste auf einen Blick. Spickzettel für Bring Your Own Device

Die Datenschutzbeauftragten der Länder plädieren für eine restriktive Handhabung von BYOD. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

### Datenschutzrecht

- Technisch-organisatorische Maßnahmen erfordern wirksame Kontrollen von Zugang, Zugriff, Eingabe und Weitergabe.
- Private und betriebliche Daten sind zwingend zu separieren.
- Die Mitarbeiter müssen angewiesen werden, geeignete Passwörter zu generieren und sicher zu verwalten. Die Weitergabe des Gerätes an Dritte (auch an Familienangehörige) ist zu untersagen.
- Mobile Device Management: Funktionalitäten umfassen u.a. Verschlüsselungssoftware, Synchronisationssoftware, Sandboxing, Data-Loss-Prevention, Theft-Recovery, Remote-Wipe, VPN, Remote-Desktop-Applikationen uvm.
- BYOD bedeutet keine Auftragsdatenverarbeitung durch den Mitarbeiter im Sinne der §§ 3 VII, 11 II BDSG. Der Arbeitgeber bleibt verantwortliche Stelle.
- Kontrollrechte von Datenschutzbeauftragten und Aufsichtsbehörden müssen gewährleistet bleiben.

### Arbeitsrecht

- Es bedarf einer wirksamen vertraglichen Regelung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die sowohl BDSG- als auch AGB-fest ist. Mittels einer Betriebsvereinbarung können lediglich Pflichten des Arbeitgebers sowie Pflichten des Arbeitnehmers bei der Interaktion mit der IT-Infrastruktur festgelegt werden. Private Geschäfte wie der Abschluss von Reparatur-, Wartungs- und Garantieverträgen, Software- und Hardwareanschaffungen bedürfen der individualvertraglichen Regelung.
- Das Unternehmen muss sich zumindest anteilig an den Kosten für Anschaffung, Wartung und Verlust beteiligen.
- Die Personalvertretungen sind bei der Einführung von BYOD zu beteiligen (§ 87 I Nrn. 1, 2, 3, 6 BetrVG).

### Weitere Rechtsgebiete

- Gemäß § 99 UrhG haftet der Arbeitgeber verschuldensunabhängig für Urheberrechtsverstöße seiner Mitarbeiter, die mittels privater Hardware begangen werden.

- Im Handels- und Steuerrecht sowie einigen Berufsrechten existieren Vorschriften zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen. Bei den meist mobilen Geräten muss die revisionssichere Archivierung und regelmäßige Synchronisation der Datenbestände sichergestellt werden.
- Ein Remote-Wipe, etwa im Falle des Geräteverlusts bedarf der wirksamen Einwilligung des Arbeitnehmers, die auch noch zum Zeitpunkt der Löschung fortwirkt (§ 303a StGB).

Eine ausführliche Abhandlung zum Thema erhalten Sie hier: Dr. Lorenz Franck, Bring your own device – Rechtliche und tatsächliche Aspekte, RDV 2013, 185-191.

*Dr. Lorenz Franck  
RDV Online*

*Beitrag vom 09.12.2013*

*Ursprünglich unter [http://www.rdv-online.com/aktuelles/byod\\_cheat\\_sheet](http://www.rdv-online.com/aktuelles/byod_cheat_sheet)*